

Niederschrift (Öffentlicher Teil)

Sitzung des Rates der Stadt Aachen - Bitte beachten Sie, dass der Ratsaal nach derzeitigem Stand nicht barrierefrei erreicht werden kann!

Sitzungstermin: Mittwoch, 09.07.2025
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:20 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen	

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Bürgermeister Norbert Plum	
Bürgermeisterin Hilde Scheidt	bis 18:16 Uhr
Bürgermeisterin Dr. Margrethe Schmeer	
Christoph Allemand	
Harald Baal	
Relindis Becker	
Ellen Begolli	
Silke Bergs	
Marc Beus	
Peter Blum	
Jörg Bogoczek	
Franca Braun	
Gaby Breuer	
Dr. Sebastian Breuer	bis 20:13 Uhr
Julia Brinner	
Andrea Derichs	
Hans Leo Deumens	
Birdal Dolan	
Mathias Dopatka	
Elke Eschweiler	
Achim Ferrari	bis 19:08 Uhr
Wilfried Fischer	
Dr. Anja Fitter	

Name	Bemerkung
Daniel Hecker	
Wilhelm Helg	
Johannes Hucke	
Klaus-Dieter Jacoby	
Hans Peter Kehr	
Holger Kiemes	
Nathalie Koentges	
Doris Kurschilgen	
Boris Linden	
Lars Lübben	
Iris Lürken	
Sigrid Moselage	
Kaj Neumann	
Dr. Julia Oidtmann	
Wolfgang Palm	
Daniela Parting	
Hermann Josef Pilgram	bis 18:22 Uhr
Hildegard Pitz	
Carsten Schaadt	
Karin Schmitt-Promny	
Michael Servos	
Jöran Stettner	
Dirk Szagunn	
Tobias Benedikt Tillmann	
Peter Tillmanns	
Jakob von Thenen	
Noah Wagner	
Renate Wallraff	
Monika Annette Wenzel	
Dr. Heike Wolf	

Schriftführung

Name	Bemerkung
Britta Hommelsheim	

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Sebastian Becker	entschuldigt
Annika Fohn	entschuldigt
Ulla Griepentrog	entschuldigt
Markus Mohr	entschuldigt
Tobias Molitor	entschuldigt

Gäste:
Keine

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
3	Jugendbeteiligung stärken - Vorbereitung auf die Neuregelung des § 27a GO NRW	FB 01/0686/WP18
4	Einführung einer Beherbergungsabgabe in Aachen und Erlass einer Beherbergungsabgabesatzung in Aachen	FB 22/0058/WP18
5	Neufassung der Vergnügungssteuersatzung in Aachen	FB 22/0059/WP18
6	Östliche Innenstadt: Abschlussbericht vorbereitende Untersuchungen (VU) nach § 141 Baugesetzbuch mit Handlungsprogramm, weiteres Vorgehen Wegen des großen Umfanges wird gebeten, die Anlagen zu dieser Vorlage digital im Ratsinformationssystem einzusehen.	FB 61/1079/WP18
7	3. Änderung des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) für eine nachhaltigere Flächennutzung; hier: Stellungnahme der Stadt Aachen im Rahmen der Beteiligung gemäß § 13 Landesplanungsgesetz und § 9 Raumordnungsgesetz	FB 61/1082/WP18
8	Kommunaler Wärmeplan: Bericht über das Ergebnis der Beteiligungen nach § 13 Abs. 4 WPG, Beschluss des Wärmeplans gemäß §13 Abs. 5 i.V.m § 23 WPG Wegen des großen Umfanges wird gebeten, die Anlagen zu dieser Vorlage digital im Ratsinformationssystem einzusehen.	FB 36/0581/WP18
9	Weiterentwicklung des Bushofs: Vorstellung der Projektidee KRAFTWERK	Dez VI/0013/WP18
10	Gründung der Regiotram Aachen Infrastrukturgesellschaft mbH	FB 20/0361/WP18
11	Vertrag mit der Verbraucherzentrale NRW zur Finanzierung der Energieberatung in Aachen für die Jahre 2026 bis 2030	FB 36/0593/WP18

TOP	Betreff	Vorlage
12	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen/Verpflichtungsermächtigungen; Haushaltsjahr 2025; Produkt 080102 - Sportplätze und Stadien, Produkt 090101 - Neubau Feuerwache Siegel, Wettbewerb Maßnahmen im Rahmen der Brandschutz- und Rettungsdienstbedarfsplanung; Planungsauftrag Feuer- und Rettungswache Siegel; Neubau Sportplatz Siegel und Freifläche mit öffentlichen Sportflächen	FB 37/0069/WP18
13	Baumaßnahme KGS Auf der Hörn - überplanmäßige Mittelbereitstellung	FB 45 n/0031/WP18
14	7. Nachtrag zur Satzung der Stadt Aachen über die Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungssatzung)	FB 60/0168/WP18
14.1	7. Nachtrag zur Satzung der Stadt Aachen über die Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungssatzung)	FB 60/0168/WP18-1
15	Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für den Ausbau der Kreuzherrenstraße als verkehrsberuhigten Bereich (Mischfläche)	FB 60/0166/WP18
16	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 994 - Raafstraße / Sanddornweg - hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB Der Durchführungsvertrag wird noch separat nachgereicht werden.	FB 61/1093/WP18
17	Austritt aus dem Metropolregion Rheinland e.V.“ (interfraktioneller Ratsantrag 470/18 vom 26.02.2025) Entscheidung über einen Austritt aus dem Metropolregion Rheinland e.V.	FB 02/0445/WP18
18	Anfragen:	
18.1	Ratsanfragen Die Unterlagen werden nachgereicht.	
18.2	Stellungnahmen der Verwaltung zu Anfragen	FB 01/0700/WP18
19	Ratsanträge	FB 01/0701/WP18
20	Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien	
20.1	Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien, hier: Entsendung eines Mitglieds des Senior*Innenrates der Stadt Aachen	FB 56/0618/WP18

TOP
21

Betreff
Mitteilungen der Verwaltung

Vorlage

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Oberbürgermeisterin Keupen eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Entschuldigt für heute seien Ratsherr Becker (SPD), Ratsfrau Fohn (CDU), Ratsfrau Griepentrop (GRÜNE), Ratsherr Mohr (AfD) und Ratsherr Molitor (Die PARTEI).

Als Stimmzähler sollen sich Ratsherr Dolan (GRÜNE) und Ratsherr Kehr (CDU) bereithalten.

Zur Tagesordnung teilt Oberbürgermeisterin Keupen mit, dass die Verwaltung den TOP 16 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 994 - Raafstraße / Sanddornweg - hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB“ zurückziehe, da hierzu keine Vorberatung im Planungsausschuss erfolgt sei.

Ratsherr Hücke (GRÜNE) führt hierzu aus, dass der Planungsausschuss zu TOP 16 beraten habe.

Beigeordnete Burgdorff teilt mit, dass der Planungsausschuss den Inhalt des Bebauungsplans zur Satzung empfohlen habe. Allerdings könne der ausverhandelte Durchführungsvertrag erst zur nächsten Ratssitzung vorgelegt werden, so dass eine Vertagung dieses Tagesordnungspunktes erforderlich sei.

Ratsfrau Begolli (Die Linke) verweist auf den schriftlichen Antrag der Fraktion Die Linke zur Vertagung des TOP 14 „7. Nachtrag zur Satzung der Stadt Aachen über die Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungssatzung)“ aufgrund von weitergehendem Beratungsbedarf.

Oberbürgermeisterin teilt mit, dass zu TOP 14 voraussichtlich eine Ergänzungsvorlage für die nächste Ratssitzung vorgelegt werde.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht. Die Tagesordnung wird einstimmig mit den Änderungen angenommen.

Zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Frage 1:

Frau H. richtet ihre Frage an Ratsherrn Servos. Wie sie beobachtet habe, benutzen die Besucherinnen und Besucher der Parkanlage Hangeweiher die Grünflächen im Sommer häufig zum Grillen. Hierzu möchte sie wissen, ob es möglich sei, ab dem kommenden Jahr eine spezielle Grillparzelle mit vorgeschriebenen Regeln, beispielsweise im Bereich des Spielplatzes, einzurichten.

Ratsherr Servos (SPD) dankt für die Frage und den aus seiner Sicht guten Vorschlag. Im Gegensatz zur Parkanlage Hangeweiher könne man in verschiedenen anderen Parkanlagen in Aachen bereits angelegte Grillbereiche finden. Er werde in dieser Angelegenheit Rücksprache mit der Verwaltung halten und die Fragestellerin entsprechend über das Ergebnis informieren.

Zu 3 Jugendbeteiligung stärken - Vorbereitung auf die Neuregelung des § 27a GO NRW zur Kenntnis genommen FB 01/0686/WP18

Ratsherr Tillmanns (CDU) bezieht sich auf den zugrunde liegenden Antrag der CDU-Fraktion und die Vorlage der Verwaltung, die aus seiner Sicht gut nachvollziehbar sei. Um eine gute Vorbereitung leisten zu können, sei eine Entkoppelung der Wahlperioden von Rat und Jugendrat sinnvoll. Gleichwohl habe er bereits im Ausschuss be-

tont, dass man zügige Fortschritte zur Installation eines Jugendrates machen müsse, die Verwaltung hieran aber bereits sehr engagiert arbeite.

Bürgermeisterin Scheidt (GRÜNE) berichtet als Vorsitzende des Kinder- und Jugendausschusses, dass dieser die Angelegenheit beraten und einstimmig zur Kenntnis genommen habe. Am heutigen Morgen habe zum zweiten Male das Bürgerforum als Kinderforum getagt. Dies stelle eine völlig neue Form der Partizipation von Grundschulkindern dar. Aus ihrer Sicht seien Kinder gute Ratgeber*innen in der Begleitung der politischen Arbeit. Dies wolle man unterstützen und weiter stärken. Abschließend dankt sie der Verwaltung für die gute Vorbereitung.

Ratsfrau Schmitt-Promny (GRÜNE) möchte ergänzen, dass man sich im Kinder- und Jugendausschuss auch darüber verständigt habe, dass zukünftig keine formalisierte Gestaltung eines Jugendparlamentes erfolgen solle. Vielmehr brauche die Jugend heutzutage eine andere Form der Beteiligung. Vor diesem Hintergrund sollen die Jugendlichen bereits bei der Gestaltung des Jugendparlamentes von der Verwaltung mit einbezogen werden, um ihre Wünsche und Vorstellungen äußern zu können.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 4 Einführung einer Beherbergungsabgabe in Aachen und Erlass einer Beherbergungsabgabensatzung in Aachen geändert beschlossen FB 22/0058/WP18

Ratsfrau Brinner (GRÜNE) führt an, dass die Einführung einer Beherbergungsabgabe in Aachen aus Sicht der GRÜNE-Fraktion die richtige Entscheidung sei, denn schließlich stelle man den Touristinnen und Touristen die gesamte Infrastruktur der Stadt zur Verfügung, wofür sie im Folgenden einzelne Beispiele benennt. Nicht umsonst habe die Stadt Aachen im letzten Jahr die 1 Mio.-Besuchermarke überschritten. Insofern sei die neue Beherbergungsabgabe auch Bestandteil einer verantwortungsvollen Haushaltsführung, damit die Dienstleistungen für die Touristinnen und Touristen auch für die kommenden Jahre sichergestellt und weiterhin ausgebaut werden können. Zuletzt sei Aachen auch nicht die einzige Stadt in Nordrhein-Westfalen, die eine solche Abgabe erhebe. Viele andere Städte erheben bereits seit vielen Jahren eine Beherbergungsabgabe, wie zum Beispiel Köln, Dortmund, Düsseldorf und Münster. Um die Familien nicht übermäßig stark zu belasten, habe man sich dazu entschieden, die Beherbergungsabgabe erst für Personen ab 18 Jahren zu erheben. Weiterhin habe man bewusst auf einen prozentualen Abrechnungsmodus verzichtet und stattdessen einen Festbetrag von 2,50 Euro pro Übernachtung festgelegt, damit für die DEHOGA Hotelbetreiber ein einfacher Abrechnungsprozess sichergestellt werde. Insgesamt betrachtet erfolge die Einführung der geplanten Beherbergungsabgabe in Abwägung zwischen den Interessen der Touristinnen und Touristen, der DEHOGA sowie des städtischen Haushaltes.

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf den geänderten Beschlussvorschlag des Finanzausschusses, der als Tischvorlage ausliegt. Die Verwaltung schließe sich diesem geänderten Beschlusstext, der eine Ergänzung bezüglich der Freistellung von Kindern enthalte, an.

Ratsherr Linden (SPD), Vorsitzender des Finanzausschusses, berichtet, dass der Ausschuss dem Rat die Einführung der Beherbergungsabgabe mehrheitlich bei einer Gegenstimme empfehle. Wie durch Oberbürgermeisterin Keupen bereits ausgeführt worden sei, habe der Ausschuss eine Änderung, den § 3 der Satzung betreffend, vorgenommen. Hierin werde die Personengruppe für die Befreiung der Abgabe geregelt. Die Absätze 3 und 4 sollen dahingehend zusammengeführt werden, dass Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres von der Zahlung der Abgabe ausgenommen sind. Weiterhin verweist er darauf, dass man die Einführung der Abgabe für das Jahr 2026 mit der Haushaltsplanung im März dieses Jahres bereits auf den Weg gebracht habe. Im Mai und im Juli sei die Angelegenheit intensiv im Finanzausschuss und darüber hinaus auch im Juli im Wirtschaftsausschuss beraten worden. Weiterhin haben verschiedene Gespräche mit Verbänden und Betrieben stattgefunden, wobei die Wünsche aus der Branche aufgenommen und entsprechend in die Satzung eingearbeitet worden seien. Hierbei handelt es sich um die Befreiung der Kinder und Jugendlichen, die Einführung eines Festbetrages sowie die Überwachung des Graumarktes. Eine sorgfältige Abwägung aller Interessen sei, wie bereits durch Ratsfrau Brinner ausgeführt, somit erfolgt. Der Finanzausschuss habe die Verwaltung darüber hin-

aus um Prüfung gebeten, ob die Einführung eines Gutschein-/Rabattheftes möglich sei, um die Gäste in die Innenstadt oder die Museen zu lenken. Abschließend erwähnt er die für den städtischen Haushalt wichtigen Einnahmeerwartungen in Höhe von 2,5 Mio. Euro.

Ratsherr Helg (FDP) teilt mit, dass die FDP-Fraktion dem Beschluss nicht zustimmen werde. Wie auch dem Rundschreiben der Industrie- und Handelskammer aus dem letzten Monat zu entnehmen sei, sehe die Wirtschaft der Einführung einer Beherbergungsabgabe in Aachen mit großer Sorge entgegen, weil es sich hierbei um eine Zusatzbelastung sowie einen erheblichen Standortnachteil handelt. Nach den schweren Zeiten durch die Corona-Pandemie und parallel zu der Mehrwertsteuersenkung auf 7%, die eine Entlastung darstellen soll, sei die Einführung einer Beherbergungsabgabe ein Signal in die falsche Richtung.

Ratsherr Deumens (Die Linke) führt aus, dass die Fraktion Die Linke der Einführung einer Beherbergungsabgabe in Aachen zustimmen werde, denn aus Sicht der Fraktion sollen mehrtägige Touristen sich an den Kosten für Infrastruktur, Müllabfuhr, ÖPNV etc. beteiligen, damit diese nicht vollständig über die Aachener Steuerzahler abgedeckt werden müssen. Wie bereits durch seine Vorredner ausgeführt, haben sich aus der Debatte im Finanzausschuss zwei Änderungen ergeben. Zum einen sei dies die Befreiung für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren. Hierzu habe Ratsherr Linden erläutert, dass dieser Wunsch aus der Branche vorgetragen worden sei. Ratsherr Deumens könne sich jedoch daran erinnern, dass die Fraktion Die Linke sowie die SPD-Fraktion diesen Vorschlag unterbreitet haben und der Wunsch somit aus der Politik stamme. Weiterhin habe die Fraktion Die Linke aufgrund der sozialen Gerechtigkeit die Einführung einer prozentualen Festlegung der Beherbergungsabgabe beantragt. Dieser Antrag sei jedoch leider abgelehnt worden. Insgesamt begrüße seine Fraktion jedoch die Abgabe und sehe die Einführung als wichtigen und richtigen Schritt für die Stadt Aachen.

Ratsherr Baal (CDU) betont, dass die Einführung einer neuen Steuer für die Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der bürgerlichen Mitte problematisch sei. Trotzdem werde die CDU-Fraktion der Einführung der Beherbergungsabgabe zustimmen. Der Grund für diese Zustimmung sei einzig und allein, dass die zu erwartende Nettoeinnahme in Höhe von 2 bis 2,2 Mio. Euro eine zusätzliche Einnahme für den städtischen Haushalt darstelle. Wie Stadtdirektorin Grehling auch in der vorletzten Sitzung des Finanzausschusses bestätigt habe, seien solche Einnahmen auch für einen 1,2 Milliarden Haushalt von Bedeutung. Hinzu komme, dass die Einnahme aus der Beherbergungsabgabe im Vergleich zu der Kurabgabe keine zweckgebundene Einnahme sei. Denn während diese Abgabe nach Kurbeitragssatzung zweckgebunden für das Kurgebiet verwendet werden müsse, fließe die Beherbergungsabgabe dem allgemeinen Haushalt zu und auch nicht dem Gebührenhaushalt, was die vorgebrachten Hinweise auf die Straßenreinigung hätten vermuten lassen können. Die CDU-Fraktion begrüße die Freistellung der Kinder und Jugendlichen sowie die Erhebung eines Festbetrages, sei allerdings insgesamt mit der Einführung der Beherbergungssteuer nicht zufrieden. Die wesentliche Botschaft dieses Tagesordnungspunktes sei, dass die Handlungsmöglichkeiten des Haushaltes inzwischen so knapp seien, dass man auf die Einnahme angewiesen sei. Ob dies am Ende ausreiche, bleibe abzuwarten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt, die vorgelegte Satzung über die Erhebung einer Beherbergungsabgabe in der Stadt Aachen (Beherbergungsabgabensatzung) mit folgenden Änderungen zu beschließen:

Die Formulierung im § 3, Nr. 3 wird gestrichen und durch ‚Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres‘ ersetzt.

Der § 3, Nr. 4 entfällt.

Der Rat der Stadt Aachen beschließt die vorzeitige Stellenbewirtschaftung der beiden benötigten Vollzeitstellen aus dem Stellenplan 2025 heraus.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 4 Gegenstimmen

**Zu 5 Neufassung der Vergnügungssteuersatzung in Aachen
 ungeändert beschlossen
 FB 22/0059/WP18**

Ratsherr Pilgram (GRÜNE) betont die aus seiner Sicht gute Nachricht, dass Tanzen nun kostenlos werde, zumindest für alle Tanzarten, die durch die Breite der Bevölkerung wahrgenommen werden. Dies entlaste auch die Gastronomiebetriebe, die Tanzveranstaltungen durchführen, sowie die gesamte Nachtkultur und trage zur Attraktivität der Stadt dar. Man müsse auch erwähnen, dass sich diese Steuer nicht mehr gelohnt habe und wie die Verwaltung durch die Vorlage in Aussicht stelle, werden die freiwerdenden Personalkapazitäten im Rahmen der Ressourcenumstrukturierung zweckgebunden zur Intensivierung der Kontrollmaßnahmen im Bereich der Apparatesteuer sowie zur Implementierung der geplanten Digitalisierung der Steueranmeldungen allokiert. Vielleicht könne die Verwaltung hierzu über die Ergebnisse berichten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt die vorgelegte Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Aachen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 6 Östliche Innenstadt: Abschlussbericht vorbereitende Untersuchungen (VU) nach § 141 Bau-
 gesetzbuch mit Handlungsprogramm, weiteres Vorgehen
 geändert beschlossen
 FB 61/1079/WP18**

Ratsherr Hucke (GRÜNE) führt als Vorsitzender des Planungsausschusses in die Thematik ein. Vorab bedankt er sich stellvertretend für das Dezernat III bei der Beigeordneten Burgdorff für das gelungene Werk. Aus seiner Sicht gebe es zwei verschiedene Bereiche. Zum einen sei das Werk der Zugang zu Fördermitteln, Städtebauförderungen verknüpft mit den genannten Projekten. Dies sei das Nachfolgeprojekt für das auslaufende Innenstadtkonzept 2022, das jetzt mit dem Umbau des Theaterplatzes abgeschlossen sei. Es werde deutlich, wie lange das Innenstadtkonzept gebraucht habe, um umgesetzt zu werden und er hoffe, dass das Konzept in der östlichen Innenstadt nicht genauso lange brauche, da es einen großen Beitrag zur Transformation leiste, die in diesem Bereich so dringend nötig sei. Er lobt, dass die Verwaltung einen kontinuierlichen Fördermittelzufluss für das Projekt sicherstelle. Als zweiten Bereich benennt er, dass über die vorbereitende Untersuchung die Möglichkeit zur Anwendung des besonderen Städtebaurechts geprüft werde. Der Abschlussbericht komme zu dem Schluss, dass dies nicht möglich sei. Dies scheine in Anbetracht der vorhandenen und anerkannten Defizite zuerst einmal enttäuschend. Allerdings habe man durch die vorbereitende Untersuchung eine Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer von Problemimmobilien erzwungen. Wenn diese Mitwirkungsbereitschaft erkennbar und dokumentiert sei, könne man keinen weiteren Druck ausüben. Somit könne das verschärfte Recht nicht beschlossen werden. Sollte die Mitwirkungsbereitschaft aufgrund des fehlenden Drucks allerdings wieder nachlassen, könne man wieder aktiv werden. Somit seien alle Beteiligten in der Pflicht und Mitwirkungsbereitschaft, um gemeinsam die östliche Innenstadt in die Transformation zu bringen und gemeinsam an der Zukunft Aachens zu arbeiten. Weiterhin nimmt er Bezug auf die als Anlage zum Bericht beigefügte Maßnahmenkarte. Er betont, dass es der Verwaltung gelungen sei, die östliche Innenstadt in drei Bereiche zu fassen. Der erste räumliche Bereich umfasse das Haus der Neugier und das Bushof Umfeld als einen Bereich, der für die Städtebauförderung als erster Fokusraum gesehen werde. Das Haus der Neugier befinde sich bereits auf dem Weg, wohingegen der Bushof und das Umfeld noch auf den Weg gebracht werden müssen. Dies sei der große Baustein, den man für die Städtebauförderung mit dem sogenannten Passagenblock angehen wolle. Der zweite Bereich sei die Handelslage Adalbertstraße, Adalbertblock, Wehmeyer. Hierfür gebe es Konzepte, die man parallel verfolgen könne. Dies zeige, dass die Flächeneigentümer in diesem Bereich auch bereits aktiv geworden seien. Der dritte Bereich umfasse die sogenannte Untere Adalbertstraße mit einem eklatanten Leerstand. Man wisse, dass mittlerweile Baugenehmigungen für einen größeren Teil vorliegen und auch da müsse der Flächeneigentümer den Beweis erbringen, dass er mitwirkungsbereit bleibt und diese Baugenehmigung nun in die Umsetzung bringt, ggf. auch wie beantragt für

geförderten Wohnungsbau. Mit Blick auf das Gesamtbild und die östliche Innenstadt könne man feststellen, dass große Defizite zu finden seien, doch mit der sukzessiven Umsetzung dieses Programms könne in den nächsten zehn Jahren eine erfolgreiche Transformation der Innenstadt erreicht werden.

Beigeordnete Burgdorff betont, dass dieser Bericht ein Gemeinschaftswerk im Dialog mit der Politik sei und sie die Dankesworte auch gerne an das Team östliche Innenstadt weiterleiten werde. Sie berichtet, dass die Verwaltung in dem Bericht den Begriff „Untere Adalbertstraße“ verwendet habe. Dies sei nicht korrekt und werde, ebenso wie andere redaktionelle Fehler, entsprechend korrigiert. Auf Seite 247 des Berichtes werde darauf hingewiesen, dass das Werk voraussichtlich am 09.07.25 als Leitlinie für die weitere Entwicklung gelten werde. Dies werde dahingehend korrigiert, dass neben dem Planungsausschuss auch der Rat entsprechend beschließe. Eine Übersicht über alle redaktionellen Änderungen werde die Verwaltung den Ratsmitgliedern zur Verfügung stellen.

Ratsherr von Thenen (CDU) möchte in seiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung den einstimmig geänderten Beschluss bekannt geben. Demnach sei der dritte Unterpunkt im Beschlusstext wie folgt geändert worden:

- „die im Handlungsprogramm enthaltenen Einzelmaßnahmen mit separaten Beschlüssen für die östliche Innenstadt entsprechend der beschriebenen Prioritäten schrittweise umzusetzen.“

Der Ausschuss spreche gegenüber dem Rat eine entsprechende Beschlussempfehlung aus.

Ratsherr Beus (Die Linke) führt aus, dass die Fraktion Die Linke den Bericht befürworte und bezeichnet diesen als Meilenstein in der Stadtentwicklung in der östlichen Innenstadt. Er dankt allen Beteiligten für die gute Arbeit. Die Fraktion Die Linke bedauert allerdings, dass das Gebiet nur ein Stadtumbaugebiet und kein Sanierungsgebiet im Vollverfahren werde. Dieses Vollverfahren hätte deutlich größere Möglichkeiten der Einflussnahme durch die Stadt selbst geboten. Wie durch Ratsherrn Huckle bereits ausgeführt, sei man in seinen Möglichkeiten eingeschränkt, wenn die Eigentümer eine gewisse Mitwirkungsbereitschaft signalisieren. Er befürchte, dass die Immobilienprofis, die sich in dem geplanten Stadtumbaugebiet befinden, ganz genau wissen, was sie tun und in dem Augenblick eine Mitwirkungsbereitschaft signalisieren, in dem es darum geht, das Sanierungsrecht im Vollumfang abzuwehren. Die Politik habe in der Vergangenheit bereits viel Geduld gegenüber den Eigentümerinnen und Eigentümern aufgebracht. Man brauche das Stadtumbaugebiet und der kooperative Weg sei mit Sicherheit die beste Variante, allerdings müsse man den Druck erhöhen, wenn keine Fortschritte erkennbar seien.

Ratsherr Baal (CDU) erklärt, dass die Benennung des Tagesordnungspunktes einen Widerspruch in sich enthalte und somit werde deutlich, dass dieser Bericht den Anfang eines Prozesses darstelle. Er schaut zurück auf den Anfang der Ratsperiode. Zu dieser Zeit sei, genau wie auch heute, die Innenstadtentwicklung ein wichtiges und viel diskutiertes Thema gewesen. Die Defizite aus dieser Zeit seien bis heute nicht behoben. Er finde es eine bemerkenswerte Leistung, dass man es mit Sachverstand, Tempo aber auch der nötigen Ruhe zum Detail und mit großer Einigkeit in der Aachener Politik geschafft habe, ein Konzept zur Lösung dieses Problems aufzustellen. Die ersten Maßnahmen in dem großen und problembelasteten Bereich zwischen Markt, Theater, Kaiserplatz und Hansemannplatz seien bereits begonnen worden. In der vorletzten Ratsperiode sei dieser ganze Bereich durch den Planungsausschuss renoviert und entwickelt worden. Der Büchel werde zwischenzeitlich saniert und neu entwickelt und schon heute lasse sich erkennen, dass die geordnete Fläche ihr Wirkung entfalte. So sei es schlüssig gewesen, dass man in einem nächsten Schritt das Haus der Neugier in den Fokus genommen habe. Danach folge das große Projekt Bushof und so werde sich die östliche Innenstadt in den nächsten 15-20 Jahren Schritt für Schritt weiterentwickeln. Einen Abschluss dieser Innenstadtentwicklung innerhalb der nächsten 10 Jahre halte er für sehr optimistisch. Allerdings werde jeder Bereich, jede Stelle die wiederbelebt und umdefiniert wird, bereits einen Einfluss auf die Stadt haben. Aus diesem Grund müsse der Beschlussentwurf noch einmal angepasst werden. Denn der Beschluss solle nicht so verstanden werden, dass damit die Zustimmung und Genehmigung für alle Einzelmaßnahmen in den nächsten 15 Jahren erfolge. Denn dies gehe weit über die Perspektiven des heutigen Rates hinaus. Vielmehr solle analog zu der Beschlussfassung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung aufgenommen werden, dass die einzelnen Maßnahmen in den entsprechenden Ausschüssen zur Beschlusslage vorgestellt werden sollen. Abschließend möchte er die große Bereitschaft von vielen Eigentümern zur Mitwirkung positiv hervorheben.

Bürgermeister Plum (SPD) berichtet, dass er anfangs über das Ergebnis des Berichtes enttäuscht gewesen sei, denn er habe angenommen, dass dies zu einem Sanierungsgebiet nach § 141 BauGB führe. Ein solches Sanierungsgebiet eröffne sowohl der Verwaltung als auch der Politik viel mehr Möglichkeiten, um in das Verfahren

einzugreifen. Nach ausgiebigen Überlegungen sei er allerdings zu dem Schluss gekommen, dass das Gutachten sehr gut gearbeitet habe. Denn demnach seien bestimmte Bereiche gar nicht so schlecht, dass man überhaupt von einem Sanierungsgebiet sprechen könne. Bei anderen Bereichen könne man wiederum zu dem Schluss kommen, dass ein Sanierungsgebiet herangezogen werden kann, allerdings sei dies aufgrund der glaubhaften Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer rechtlich nicht möglich. Auch die SPD-Fraktion bevorzuge eine solche Freiwilligkeit, so dass das Ergebnis somit aus seiner Sicht zufriedenstellend sei. Sollten die Eigentümer ihrer Mitwirkungsbereitschaft nicht nachkommen, könne man immer noch ein Sanierungsgebiet heranziehen. Beim Durchlesen des Berichtes sei ihm auch die Bezeichnung der „Unteren Adalbertstraße“ aufgefallen und er befürworte, dass dies nun angepasst werde, um möglichen juristischen Problemen vorzubeugen. Zur weiteren Beschlussfassung schlägt er vor, dass man hinter dem letzten Spiegelstrich den folgenden Satz einfüge: „Die im Handlungsprogramm enthaltenen Einzelmaßnahmen sind separaten Beschlüssen vorbehalten.“

Oberbürgermeisterin Keupen verliest den neuen, auf Vorschlag von Bürgermeister Plum angepassten Beschluss-text. Da hiergegen keine Einwände bestehen, lässt sie im Folgenden über diesen Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen der Verwaltung, den Abschlussbericht und das Handlungsprogramm der vorbereitenden Untersuchungen (VU) nach §141 BauGB mit den drei strategischen Fokusbereichen (A: Städtebauförderung, B: Handelsstandort und C: Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit) und der Priorisierung der Maßnahmen für die östliche Innenstadt abschließend zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung,

- gemäß der Empfehlung des Abschlussberichts den Beschluss über ein Stadtumbaugebiet nach § 171 b Baugesetzbuch (BauGB) (u.a. für die Beantragung von Städtebaufördermitteln) vorzubereiten,
- ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) auf der Grundlage der neuen Städtebauförderrichtlinie Nordrhein-Westfalen (2023) im Fokusbereich A zu erarbeiten und
- das gesamte Handlungsprogramm für die östliche Innenstadt entsprechend der beschriebenen Prioritäten schrittweise umzusetzen.

Die im Handlungsprogramm enthaltenen Einzelmaßnahmen sind separaten Beschlüssen vorbehalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 7 3. Änderung des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) für eine nachhaltigere Flächennutzung;

**hier: Stellungnahme der Stadt Aachen im Rahmen der Beteiligung gemäß § 13 Landesplanungsgesetz und § 9 Raumordnungsgesetz
ungeändert beschlossen
FB 61/1082/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er stimmt der Stellungnahme der Stadt Aachen im Rahmen der Beteiligung gemäß § 13 Landesplanungsgesetz und § 9 Raumordnungsgesetz zu und beauftragt die Verwaltung, diese abschließend bei der Landesplanungsbehörde NRW einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 8 Kommunaler Wärmeplan:
Bericht über das Ergebnis der Beteiligungen nach § 13 Abs. 4 WPG,
Beschluss des Wärmeplans gemäß §13 Abs. 5 i.V.m § 23 WPG
ungeändert beschlossen
FB 36/0581/WP18**

Ratsfrau Brinner (GRÜNE) freut sich über die heutige Beschlussfassung und dankt für diese hervorragende Gemeinschaftsleistung. Durch diesen kommunalen Wärmeplan werde in Aachen das Ende des Öl- und Gaszeitalters eingeläutet. Den Bürgerinnen und Bürgern diene der Wärmeplan als Orientierung dafür, welche Heizung in ihrem Haus eingebaut werden könne und dürfe. Sie betont, dass die Wärmeplanung ein strategisches, unverbindliches Planungsinstrument sei. Die große Aufgabe bestehe nun darin, die Planung in die Umsetzung zu bringen. Hierfür bedarf es einer guten Öffentlichkeitsarbeit sowie einer guten Beratung zu den Themen Sanierung und Heizungstausch. Letzteres sei in Aachen bereits zu finden, wie z.B. durch den „altbau plus e.V.“, die Beratungsstelle „Klima plus“ oder die Verbraucherzentrale. Weiterhin laufe aktuell gemeinsam mit der Stadt Aachen das Pilotprojekt „Heatbeat“ zum Thema Nahwärmenetz. Diese Angebote sollen in den nächsten Jahren noch weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus biete die Stadt Aachen den Bürgerinnen und Bürgern bereits seit 5 Jahren auch eine finanzielle Unterstützung über das Wärmedämmungsprogramm an. Dies sei sehr wichtig, da die Förderung durch den Bund vielfach nicht ausreichend sei. Parallel erfolge ein Fernwärmeausbau durch die STAWAG, mit dem Ziel des Ausbaus um 4,5 km Länge in den nächsten Jahren. Und schlussendlich sei auch die Politik, insbesondere im anstehenden Wahlkampf, gefragt und solle Beratungs- und Aufklärungsarbeit leisten.

Ratsfrau Lürken (CDU) betont, dass Aachen die in den 90er Jahren übernommene Vorreiterrolle im Bereich des Klimaschutzes konsequent weiterdenke. Als Vorsitzende des Umweltausschusses begrüße sie besonders, dass die Vorlage einstimmig durch alle Vorgremien beschlossen worden sei. Dies begründe sich auch darin, dass die Vorlage ehrlich sei. Denn 80% aller Gebäude in Aachen werden aktuell mit Gas oder mit Öl beheizt, so dass eine große Aufgabe bevorstehe. Aachen wolle 2045 klimaneutral im Bereich der Wärmeversorgung sein und an dieser Stelle müsse man ehrlich sagen, was leistbar sei. Fest stehe, dass die Politik und die Verwaltung alleine dieses Ziel nicht erreichen können. Stattdessen müsse man die Menschen in der Stadt mitnehmen und hierfür sei der Wärmeplan ein gutes Instrument auf der strategischen Planungsebene. Denn der Wärmeplan biete Orientierung in Zeiten der Verunsicherung und zeige Ziele und Maßnahmen auf. Abschließend dankt sie der Verwaltung für die Vorbereitung. Die CDU-Fraktion unterstütze die Wärmeplanung sehr gerne.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Aachen nimmt den Bericht der Verwaltung zur Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange zur Kenntnis.
2. Er beschließt den Wärmeplan nach § 23 WPG. Der Wärmeplan ist alsdann im Internet zu veröffentlichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 9 Weiterentwicklung des Bushofs: Vorstellung der Projektidee KRAFTWERK
ungeändert beschlossen
Dez VI/0013/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf die in ALLRIS hinterlegte Präsentation zur Vorstellung der Projektidee KRAFTWERK und eröffnet die Diskussion.

Ratsherr Allemand (DIE Zukunft) teilt mit, dass die Fraktion DIE Zukunft die Idee, dass man Forschungsergebnisse vorantreibt und entwickelt grundsätzlich befürworte. Aus Sicht der Fraktion sei der Bushof jedoch der falsche Ort hierfür. Denn dieser Ort sei in vielen Ebenen sehr kompliziert, so zum Beispiel in Hinblick auf die Bereiche Verkehr, Städtebau, Haus der Neugier, östliche Innenstadt, bauliche Substanz sowie die Eigentumsfrage. Die Fraktion befürchte, dass diese Projektidee den gesamten Prozess rund um den Bushof verkomplizieren oder

sogar stoppen werde. Die Fraktion DIE Zukunft regt an, einen anderen Ort für dieses gute Projekt zu suchen. Bei der späteren Abstimmung werde sie sich enthalten.

Ratsfrau Lürken (CDU) kann nicht definieren, ob sich die Begeisterung bei Durchsicht der Vorlage in der Vision oder der Idee begründe, allerdings erzeuge eine solche Vorlage auch die Sorge, dass sie zu schön sei. Im Folgenden möchte sie die Vorlage in verschiedene Punkte unterteilen. Erstens sei die Gründerszene in Aachen zu nennen. Diese starke Szene mit dem Collective Incubator und dem digitalHUB müsse gefördert werden. Deshalb solle man keine weitere Szene in der Stadt befördern, denn dies habe zur Folge, dass Fördermittel an anderer Stelle entfallen. Stattdessen wolle man auf vermittelnde Gespräche setzen, in der Hoffnung, da zu unterstützen, wo es notwendig sei. Während man in der StartupPhase gut aufgestellt sei, könne man versuchen, die Schwierigkeiten bei der Skalierung gemeinsam in Workshops zu lösen. Sie betont, dass die CDU-Fraktion dies gerne nach Kräften unterstütze, aber dieses Problem nicht am Bushof zu lösen sei. Denn an diesem Standort bestehen bereits viele andere Probleme. So beispielsweise die Gleiskörper für den Halt der Regiotram. In der Vorlage habe sie hierzu den Hinweis auf Gespräche mit der ASEAG vermisst. Weiterhin bestehe ein Problem in der Statik der Wagenhalle, das in der Vorlage unerwähnt bleibe. Die Einbringung der Vorlage in den Rat der Stadt sei aus ihrer Sicht zu vorschnell und ohne Vorberatung im Planungsausschuss und Hauptausschuss erfolgt. Lediglich im Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung sei zu diesem Projekt vorgetragen worden. Sie vertrete die Meinung, dass der Rat in der vorletzten Sitzung vor der Kommunalwahl kein solch großes Projekt ohne ausgiebige, vorherige Beratung beschließen sollte. Sie gibt zu bedenken, dass die Verwaltung bereits bei vielen anderen Großprojekten personell, planerisch und finanziell gefordert sei, unter anderem beim Haus der Neugier. Aus den vorgenannten Gründen spreche die CDU-Fraktion sich gegen den Beschluss aus.

Ratsherr Servos (SPD) freut sich an dieser Stelle über die Initiative der Verwaltung. In Aachen habe man Schwergewichte in der Ausgründung aus der Hochschule, bekannte Namen, bei denen das Netzwerk funktioniert habe. Doch wer kenne Namen wie „IT for Process“, „Protec Vision“ oder „Mt Analytics“. Dies seien Unternehmen, die wichtige Beiträge für die Zukunftssicherheit der Industrie in Deutschland leisten könnten, die aber den Sprung aufgrund von fehlender Infrastruktur in Aachen nicht schaffen. Diese Lücke sei auch durch einen sehr eindringlichen Beitrag eines Preisträgers bei der Preisverleihung im „AC²-Wettbewerb Gründen und Wachsen“ deutlich geworden. Dieser habe aufgezeigt, welche Unterstützung nach der Hochschule fehle. Aus diesem Grunde brauche man genau dieses Angebot. Und er betont, dass dies genau der richtige Zeitpunkt sei, um einen solchen Schritt zu wagen, denn zurzeit gebe es das Netzwerk, die Gespräche, die Zusagen von den Hochschulen und den jeweiligen Akteuren. Man müsse sich genau anschauen, was genau beschlossen werden soll. Dieser Beschluss beinhalte keinen finalen Auftrag an die Verwaltung für eine veränderte Planung. Vielmehr erhalte die Verwaltung durch den Beschluss die Erlaubnis, Mittel einzuwerben, um diese Planung vorzunehmen und damit gegebenenfalls eine zusätzliche Chance für Aachen zu eröffnen. Ob das Projekt schlussendlich umgesetzt werde, hänge genau von dieser Planung ab, die nun beginnen soll. Und auch die Frage, ob der Bushof der richtige Ort für das Projekt sei, werde sich im Rahmen der Planungen entscheiden. Die heute zu erteilende Ermächtigung der Verwaltung sei genau das, was benötigt werde, um die aufgeworfenen Fragen beantworten zu können. Wenn man den heutigen Beschluss ablehne, bedeute dies, dass man die gebotene Chance nicht annehmen möchte. Die SPD-Fraktion stehe dieser Chance positiv gegenüber und unterstütze den Beschluss.

Ratsherr Schaadt (GRÜNE) kritisiert die in der Präsentation enthaltenen, über ChatGPT erstellten, missverständlichen Bilder. Die Vorlage insgesamt, die auch im engen Zusammenhang mit dem Antrag Schlaglicht „Wohnen. Bildung. Innenstadt.“ stehe, bewerte die GRÜNE-Fraktion hingegen als grundweg positiv. Die Verwaltung liefere eine gute Arbeit, so erwarte man für den Spätsommer bereits den Bauantrag für das Haus der Neugier und mit der heutigen Vorlage gehe man einen ersten Schritt in Richtung Bushof. Einen weiteren Baustein „Wissen“ sehe die GRÜNE-Fraktion unbedingt in der östlichen Innenstadt, um dort die Attraktivität und die Frequenz noch mal zu steigern. Dies sei an vielen verschiedenen Orten in der Innenstadt möglich und der Bushof gehöre unbedingt auch dazu. Aus diesem Grunde unterstütze die GRÜNE-Fraktion den Beschluss mit allen Implikationen, die auch bereits durch Ratsherrn Servos genannt worden seien. Er betont, dass das KRAFTWERK potentiell am Bushof gegründet werden könne. Um zu wissen, ob dies funktioniere, müsse erst einmal eine Skizze angefertigt werden und darum gehe es in der Vorlage. Das KRAFTWERK müsse sich in das Gesamtkonzept Bushof eingliedern, insbesondere auch unter den Aspekten der Mobilität und des Wohnens, denn Letzteres solle Vorrang haben. Der Bushof werde auch weiterhin einer der wichtigsten Mobilitätsknoten in der Stadt sein und durch die Regiotram noch einmal eine ganz andere Gewichtung erhalten. Dass am Bushof aber nicht nur Wohnen möglich sei, liege auf der Hand, sondern auch Gastronomie, Einzelhandel und Büronutzungen seien denkbar. Um alles dies mit-

einander in Einklang zu bringen, brauche man einen Gesamtprozess, eine Art Masterplan und in diesen soll das Kraftwerk gerne mit eingebunden sein. Die GRÜNE-Fraktion stimme der Vorlage zu und freue sich auf eine spannende Entwicklung.

Ratsherr Beus (Die Linke) führt aus, dass diese umfangreiche Debatte besser in den Ausschüssen hätte geführt werden sollen. Mit Bezug auf den Wortbeitrag von Ratsherrn Servos betont er, dass der Zeitpunkt für ein Gründerzentrum vielleicht immer der Richtige sei, allerdings sei der Bushof als Ort aus seiner Sicht nicht der Richtige, da es sich hierbei um einen der kompliziertesten Orte in der ganzen Stadt handelt. Insbesondere sei hierbei die sehr prägende Mobilität mit einer vorgegebenen Anzahl an Bushaltestellen zu nennen. Hinzu komme dann noch die geplante Regiotram. Im Folgenden kritisiert er die in der Präsentation dargestellten Bilder, die dem Betrachter suggerieren, dass an diesem Standort zukünftig wieder ein großes bauliches Problem entstehe. Mit dem Projekt erzeuge man die Probleme von morgen. Um die Idee des Gründerzentrums zum Erfolg zu führen, müsse man das Projekt von dem Standort Bushof trennen. Er hätte sich gewünscht, dass die Fraktionen auch außerhalb des Ausschusses, im Rahmen dessen die Fraktion Die Linke sich gegen die Planungen ausgesprochen haben, mit dem Projekt vertraut gemacht worden wären. Das insbesondere durch die Sozialdemokraten stetig verfolgte Ziel der Schaffung von Wohnraum, werde durch die vorliegende Planung aufgegeben. Dies erachte er als großen Fehler. Die Vorlage der Verwaltung lasse weiterhin viele Fragen unbeantwortet, beispielsweise im Hinblick auf die Stadtgeschichte an diesem Ort in direkter Nähe zum Alten Kurhaus, die Stadtreparatur sowie die Mobilität. Die Fraktion Die Linke erkläre sich stets gerne zur Mitarbeit bereit, aber in diesem Falle hätte man sich eine konstruktive Beratung an anderer Stelle gewünscht. Ein Vorgehen unter Ausschluss der Planungspolitik sei für das Projekt nicht förderlich.

Ratsherr Baal (CDU) möchte Eingangs die positiven Aspekte hervorheben. Die Frage, wie man das Thema Wissenschaft so in der Stadt etablieren könne, dass Arbeitsplätze geschaffen und Wachstum und Wohlstand in die Stadt gebracht werden, sei eine wichtige und richtige Diskussion. Die Frage füge sich auch nahtlos an die zurückliegende Politik in der Stadt mit dem Ziel der Verknüpfung zwischen Stadt, Stadtgesellschaft und Hochschulen zu einer Wissenschaftsstadt an. In vielen Bereichen sei diese Verknüpfung bereits gelungen, wie Projekte wie digitalHUB und Collective Incubator belegen. In bestimmten Stadtbereichen seien Impulse gesetzt worden. So sei beispielsweise der Bereich Aachen Nord als einer der größten innerstädtischen Industrieflächen mit vielen Möglichkeiten zur Forschung und industriellen Produktion, zu nennen. Eine Verknüpfung mit Gründerzentren könne an diesen Standorten gut funktionieren und werde durch die CDU-Fraktion gerne unterstützt. Denn, wie auch in der Präsentation der Verwaltung dargestellt werde, dürfe man die Nähe zu den Hochschulen nicht verlieren. Die Stadt Aachen entwickle sich zunehmend von einer Industrielandschaft zu einer anders funktionierenden Landschaft und deshalb müsse man sich auch in der Schaffung von Arbeitsplätzen verändern. Die durch die Fördermittel Rheinisches Revier ermöglichten Rahmenbedingungen seien hierbei positiv hervorzuheben. Problematisch werde es allerdings, wie Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, wenn man viele gute Ideen zu einem Projekt zusammenfasse. So seien bei den beiden Projekten Bushof und Gründerzentrum die zeitlichen Vorgaben nicht miteinander kompatibel. Denn unabhängig von der Ausgestaltung des Bushofes könne man dieses Projekt nicht zeitnah mit dem KRAFTWERK in Verknüpfung bringen. Er weist darauf hin, dass durch den Bau des Haus der Neugier das Gebäude der Stadtbibliothek frei werde und somit ebenfalls eine Möglichkeit zur Einrichtung eines Gründerzentrums biete. Denn im Vergleich zu verschiedenen Gebäudeteilen des Bushofes befinde sich dies im städtischen Besitz. Auch die Kirche St. Peter, in unmittelbarer Nähe zum Bushof, könne als potentielle Lokalität geprüft werden. Die CDU-Fraktion möchte dafür werden, beide Projekte unabhängig voneinander zu verfolgen und in Ruhe zu durchdenken. Anderenfalls bestehe die Gefahr, dass man beide Projekte verliere. Während der Schaden beim Verlust des Gründerzentrums durch andere Aktivitäten aufgefangen werden könne, habe der Verlust des Bushofes weitreichendere Folgen. Der Bushof weise verschiedene Probleme auf, wie zum Beispiel das Baujahr der Tiefgarage, die Anzahl der notwendigen Bushaltestellen sowie die Einbindung der geplanten Regiotram, die sich nach Rücksprache mit der ASEAG als problematisch erweise. Abschließend plädiert er dafür, in der heutigen Ratssitzung keine Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt vorzunehmen, sondern das Thema stattdessen zur Beratung in die Ausschüsse und insbesondere in den Planungsausschuss zu verweisen. Der Planungsausschuss werde mindestens die nächsten drei Jahre damit beschäftigt sein, eine solide und bodenständige Planung für den Bushof aufzustellen. Daneben benötige man zügige Ideen für die Realisierung eines weiteren Gründerzentrums. Hierbei könne man auch das Gates Gelände mit in die Prüfung einbeziehen und sodann im Jahr 2026 einen fundierten Antrag auf Fördermittel einreichen.

Ratsherr Kiemes (CDU) meldet sich als Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Digitalisierung zu Wort und

führt aus, dass die in der Präsentation dargestellten und durch künstliche Intelligenz erzeugten Bilder den Betrachter zu einer Fehleinschätzung verleiten lassen. Im Weiteren äußert er sein Bedauern darüber, dass man im Ausschuss nicht die Gelegenheit erhalten habe, ausgiebig über dieses Projekt zu beraten. Auch den Fraktionen seien vorab keine Informationen hierzu zugegangen. Bedenklich finde er auch die geplante Verknüpfung der Startup-Förderung mit dem Bushof, denn hierdurch laufe man Gefahr, dass beide Projekte scheitern. In der Stadt Aachen gebe es viele Institute, die sich mit der Förderung von Startups in den verschiedensten Phasen befassen, und genau diese Einrichtungen und funktionierenden Strukturen müsse man weiter unterstützen. Er bittet darum, die beiden Projekte klar voneinander zu trennen und nicht voreilig zu handeln. Stattdessen solle man die Fachgremien mit in die Beratungen einbeziehen.

Ratsherr Linden (SPD) möchte daran erinnern, dass der Wirtschaftsausschuss dieses Thema sehr ausführlich beraten und das Projekt mit nur einer Gegenstimme auf Zustimmung gestossen habe. Die Vorlage habe lediglich das Weiterdenken der Idee und die Beauftragung einer Studie zum Inhalt. Die heutige Debatte zeige, dass noch viele offene Punkte zu klären seien, insbesondere aufgrund der komplexen Immobilie und der komplexen Lage. In der Koalition wurde darüber beraten, dass man eine sorgfältige Phase Null benötige und dieser Weg solle nun in Angriff genommen werden. Er weist darauf hin, dass die abgebildeten, KI-generierten Darstellungen in der Vorlage keine Grundlage für die heutige Diskussion darstellen sollten und dies der Sache nicht förderlich sei. Die heutige Diskussion habe erstens zum Inhalt, ob man ein ganz offensichtliches Momentum für die Stadt aufgreifen und nutzen möchte. Zweitens solle durch den heutigen Beschluss die gemeinsame Ambition zur Weiterentwicklung von wichtigen Akteuren in der Stadt bekräftigt werden. Und drittens solle durch die Beschlussfassung die sich aus der Förderkulisse Rheinisches Revier eröffnende Chance ergriffen werden, komplexe Themen anzuschieben. Wie Ratsherr Baal bereits zu einem vorherigen Tagesordnungspunkt ausgeführt habe, dauern viele Prozesse in der Stadt deutlich länger als geplant. Begebe man sich allerdings in eine Förderkulisse, habe man enge Rahmenbedingungen, die ein Projekt zeitlich weiter anschieben. Und insbesondere verfüge man über einen finanziellen Hebel in der Kulisse Rheinisches Revier mit einer Förderquote von 97,5 %. Die Verknüpfung der Förderkulisse mit dem Bushof, als komplexes und ganz entscheidendes Bauvorhaben, und der möglicherweise größten Investition für die Schaffung von neuem Wohnraum, sei bewusst gewählt worden. Im Folgenden möchte er den Inhalt des Beschlussvorschlages erläutern. Dieser beinhalte lediglich den Auftrag an die Verwaltung, dass diese die Zeit der Sommerferien und bis zur Neukonstituierung des Rates nutze, um mit Hilfe einer Studie von 25.000 Euro die vorgenannte Idee weiter auszuarbeiten, um dem künftigen Rat sowie den künftigen Fachausschüssen eine solide Grundlage zur Beratung und Entscheidung vorlegen zu können. Dieser Beschluss eröffne somit die Chance auf eine fundierte und weitergehende Beratung in den einzelnen Gremien.

Ratsfrau Moselage (FDP) schließt sich den Ausführungen ihres Vorredners Ratsherrn Linden an. Aus ihrer Sicht dürfe man die bereits mehrfach angesprochenen, KI-generierten Bilder nicht als Grundlage für die Diskussion nutzen. Dies werde weder dem Projekt, noch den Menschen, die sich im Vorfeld ausgiebig hiermit befassen haben, gerecht. Aus ihrer Sicht benötige die Stadt Aachen ein solches Projekt, da bislang nur punktuelle Einrichtungen wie das digitalHUB in der Stadt zu finden seien. Auch aus Gesprächen mit der Wissenschaft sei zu entnehmen, dass eine solche Förderung in der Stadt gewünscht sei. Die FDP-Fraktion begrüße die Idee, insbesondere auch als Ergänzung zu den bisherigen Planungen in der Innenstadt. Denn der Bushof sei immer ein schwieriges Areal gewesen und man sehe das Potential, dass der Bereich durch das Implementieren eines solchen KRAFTWERKS aufgebessert werde. Das Projekt habe die Chance, ein Anziehungspunkt für die Menschen zu werden, die sich mit den aktuellen Zeitthemen wie Energie, Mobilität und Künstlicher Intelligenz beschäftigen. Und für die Wissenschaft erhöhe sich die Attraktivität, wenn sie auf solche Netzwerke zurückgreifen könne. Aus diesem Grund stimme die FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag gerne zu.

Ratsfrau Begolli (Die Linke) möchte sich in ihrem Wortbeitrag nicht auf die Planungen als solche beziehen. Vielmehr äußert sie ihr Bedauern darüber, dass mit dieser Diskussion der Schulterschluss aller Demokratinnen und Demokraten zu großen Projekten aufgekündigt werde. Ratsherr Baal habe der Ratsmehrheit den Vorschlag unterbreitet, dass das Thema zur Kenntnis genommen und sodann ausgiebig in den einzelnen Fachausschüssen sowie im interfraktionellen Gespräch vorgestellt und beraten werde. Sie schließe sich diesem Vorschlag gerne an und hoffe darauf, im Rahmen dieser zurückgestellten Beratungen gemeinsam die beste Lösung für den Bushof finden zu können.

Ratsfrau Lürken (CDU) dankt ihrer Vorrednerin Ratsfrau Begolli für das gehaltene Plädoyer gegenüber der Ratsmehrheit. Mit Blick auf den bisherigen Verlauf der heutigen Ratssitzung könne sie feststellen, dass man sich im

Rat bis zu diesem Tagesordnungspunkt zu vielen verschiedenen Bereichen einig gewesen sei, wie beispielsweise zu steuerlichen Entscheidungen, Planungsfragen in der östlichen Innenstadt oder dem kommunalen Wärmeplan für die Stadt. Alle Fraktionen verfolgen das Ziel, die Gründerinnen und Gründer in der Stadt zu unterstützen. Dieses Momentum könne man aufnehmen, ohne eine Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt zu treffen. Aus diesem Grund appelliere sie dazu, die Thematik in Ruhe in den zuständigen Ausschüssen zu beraten.

Ratsherr Helg (FDP) betont gegenüber den drei Fraktionen, die den Beschlussvorschlag ablehnen, dass hierdurch erst einmal nur die Ausführungen zu der Projektidee zur Kenntnis genommen werden und die Verwaltung beauftragt werde, unter Berücksichtigung der Belange des ÖPNV die Idee des KRAFTWERKS Aachen in das zu erstellende Gesamtkonzept zu integrieren. Es sei selbstverständlich, dass die inhaltliche und detaillierte Diskussion in den nächsten Monaten in den Fachausschüssen erfolge und die grundsätzliche Durchführbarkeit geprüft werde. Mit dem heutigen Beschluss wolle man die Chance nutzen, die Projektidee während der Sommerpause auf den Weg zu bringen. Die Fördermittel sollen als Startschuss für den gesamten Bushof genutzt werden und somit das Projekt vorantreiben.

Ratsfrau Brinner (GRÜNE) kann viele der in der Diskussion genannten Aspekte nachvollziehen. Sie bekräftigt jedoch, dass die Ratsmehrheit die heutige Beschlussfassung durchführen möchte. Zum einen seien hier die Fördermittel zu nennen und weiterhin sollen die Möglichkeiten geprüft werden. Es sei äußerst wichtig, dass es einen integrierten Gesamtprozess gebe. Ende des Jahres werde man diesen Prozess hoffentlich auf den Weg bringen können. Es werde eine umfassende Phase Null durchgeführt werden müssen, denn viele Fragen, wie zum Beispiel hinsichtlich des ÖPNV, der Wohnnutzung und dem Zusammenspiel mit dem Haus der Neugier müssen geklärt werden. Wie üblich, werde diese Phase im Schulterschluss mit allen demokratischen Fraktionen durchgeführt. Dies habe nie außer Frage gestanden. Wie Ratsherr Helg bereits betont habe, könne auf Grundlage einer guten Projektskizze sodann in den Gremien darüber beraten werden, ob das KRAFTWERK überhaupt mit dem Bushof kompatibel sei. Aus diesen Gründen möchte sie dafür werben, dem heutigen Beschlussentwurf zuzustimmen.

Beigeordneter Hissel möchte keine Stellung beziehen zur Wertung der Vorlage. Vielmehr möchte er die in der Diskussion angesprochenen Fakten weiter ergänzen. Er führt aus, dass die Hochschulen die Meinung vertreten, dass in Aachen ein großes Potenzial an Gründungen bestehe, das bisher noch nicht vollständig ausgeschöpft werde. Aus der Gründungsgeschichte heraus sei die Hochschule ursprünglich eine Hochschule zur Versorgung der ansässigen Industrie mit Fachkräften. Im Laufe der Zeit habe sie sich jedoch zu einer Hochschule gewandelt, die insbesondere nicht ansässige Industrie mit Nachwuchs versorge. Im Hinblick darauf, dass auch Hochschulen in Zukunft stärker an der Frage der Gründungseffizienz gemessen werden, sei festzustellen, dass die Fachhochschule und die RWTH Aachen, verglichen mit anderen technischen Hochschulen, weniger Gründungen pro 10.000 Studierenden aufweisen können und man dieser Entwicklung entgegenwirken muss. Im Weiteren verweist er auf den bestehenden Ratsbeschluss zur Entwicklung des Bushofes mit einem Letter of Intent aus dem Sommer letzten Jahres. Sofern der Bushof nun als geeigneter Ort für die Einrichtung eines Gründerzentrums bewertet werde, benötige die Verwaltung für die Vorbereitung dieses Projektes aufgrund dieses Ratsbeschlusses einen neuen Beschluss des Rates. Dies sei unumgänglich. Als dritten Punkt möchte er erwähnen, dass im Vergleich zu vielen anderen Projekten die explizite Chance auf eine hochvolumige Förderung bestehe. Denn auch wenn Aachen keine direkte Anrainerkommune sei, so nehme die Stadt aufgrund von Innovation, Wertschöpfung und Gründung eine entscheidende Rolle bei der Frage ein, wie man durch Innovationskraft eine Wertschöpfung für die Zukunft herbeiführen kann. Und deshalb habe man auch von vielen Akteuren aus dem Revier die Rückmeldung erhalten, dass sie ein solches Projekt in Aachen sehr befürworten würden. Weiter führt er aus, dass der Schwerpunkt des Bushofes nicht verändert werden soll. Ihm sei bewusst, dass es sich hierbei um ein schwieriges Projekt handelt, egal welche Nutzung man anstrebe. Aber insbesondere deshalb solle man doch auch einen Blick auf die günstige Lage lenken. Denn die Immobilie sei zentral, verfüge über einen guten ÖPNV-Anschluss und befinde sich fußläufig zu den Hochschulen. Diese räumliche Nähe sei von besonderer Bedeutung, da das Gründerzentrum keinen industriellen Charakter haben soll, sondern ein Gründerzentrum für Frühphasengründungen angedacht werde. Und Frühphasengründungen finden meistens Hybrid und somit zu einem Zeitpunkt statt, zu dem die Gründer noch studieren. Als fünften Punkt möchte er betonen, dass noch keine fixen Planungen bestehen. Um die Idee jedoch weiter verfolgen zu können, benötige die Verwaltung einen Änderungsbeschluss des Rates. Die Darstellungen in der Präsentation sollen nur symbolisieren, dass an einem Ort auch eine Veränderung stattfinden kann. Als letzten und wichtigsten Punkt führt er an, dass die heutige Beschlussfassung sich in den

gesetzlich festgelegten Fristen für den Antrag auf Strukturmittel begründe. Um eine Beratung in den Gremien der neuen Wahlperiode sicher stellen zu können, müsse während der Sommerpause eine entsprechende Vorarbeit durch die Verwaltung geleistet werden. Aus diesem Grunde sei eine Beschlussfassung am heutigen Tage unausweichlich. Abschließend möchte er, auf der Grundlage der vorgenannten Ausführungen, für die heutige Beschlussfassung werben.

Ratsfrau Breuer (CDU) kritisiert die Aussage von Beigeordneten Hissel hinsichtlich des zeitlichen Drucks. Auch wenn das Projekt als solches grundsätzlich positiv zu bewerten sei, solle man über ein solch großes und wichtiges Projekt nicht unter zeitlichem Druck entscheiden müssen. Aus ihrer Erfahrung heraus seien dies immer schlechte Entscheidungen, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass Fördermittel dann schlussendlich gegebenenfalls nicht beschieden werden.

Ratsherr Allemann (DIE Zukunft) zeigt sich verwundert über die Ausführungen von Beigeordneten Hissel. Während die GRÜNE-Fraktion sowie die SPD-Fraktion vorab angeführt hätten, dass noch keine Entscheidungen zu dem Projekt getroffen worden seien, erwähne Beigeordneter Hissel einen zeitlichen Druck bei dem Projekt. Insbesondere vor diesem Hintergrund sei der Bushof der falsche Ort für das KRAFTWERK und es solle nach einem günstigeren Standort gesucht werden.

Ratsherr Baal (CDU) bezieht sich auf den Wortbeitrag von Beigeordneten Hissel. Er führt aus, dass niemand im Rat Zweifel hege an den Erfordernissen der Hochschulen, dem Wunsch aus der Wirtschaft nach Gründungen und der Bedeutung für den Standort Aachen sowie die Region. Wie bereits durch mehrere Vorredner ausgeführt, passe der Zeithorizont des Projektes jedoch nicht mit dem Bushof zusammen. Die Vergabe der Studie über 25.000 Euro hätte problemlos auch an anderer Stelle, nämlich durch die Mittel des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung, erfolgen können. Aus seiner Sicht werde die Verknüpfung des guten und förderungswürdigen Projektes mit dem Bushof als Immobilie nicht zum Erfolg führen. Für die 25.000 Euro lasse sich zwar ein Dienstleister finden, der eine ausführliche Darstellung der Idee erstelle, allerdings fehle eine Phase Null für den Bushof. Die Ratsmitglieder müssen sich nun die Frage stellen, ob dies die richtige Basis für ein gutes Projekt für Aachen darstelle. Er schlägt vor, dass man sich interfraktionell hierzu noch einmal berate und wenn erforderlich, die Auftragsvergaben auch während der Sommerpause durchführe. Die Auftragssumme sei unproblematisch, aber man solle eine Verknüpfung des Gründerzentrums mit dem Standort Bushof vermeiden.

Aus Sicht von Ratsherrn Servos (SPD) begründe sich die ausführliche Diskussion um dieses Projekt im Wahlkampf. Eine minimale Anpassung eines Ratsbeschlusses sowie eine Auftragsvergabe über 25.000 Euro führe dazu, dass über die Zukunft des gesamten Bushofprojektes diskutiert werde. Dabei haben diese beiden Punkten gar nichts miteinander zu tun. Denn im Rahmen der Haushaltsberatungen seien zusätzliche Stellen für den Bushof geschaffen und auch bereits besetzt worden. Diese Stellen werden die Phase Null des Bushofes planen und entwickeln, die Wohnraumentwicklung vorantreiben, sowie alle Fragen rund um den ÖPNV und andere Bereiche klären. Somit werde alle mit dem Bushof in Verbindung stehende Kernarbeit, wie durch den Rat beschlossen, erledigt. Nun sei die zusätzliche Idee zu einem Gründerzentrum im Gebäude des Bushofes entstanden. Der Standort Bushof verfüge über den benötigten ÖPNV-Anschluss, das Gelände befinde sich in weiten Teilen im städtischen Eigentum und der Investor der restlichen Fläche befürworte das Projekt ebenfalls. Der Beschluss des Rates müsse lediglich minimal angepasst werden, damit neben der laufenden Planung des Bushofes ein weiterer Aspekt geprüft werden könne. Diese Prüfung sei als Grundlage für die politischen Beratungen in den Ausschüssen dringend erforderlich. Er betont, dass der Rat sich nicht unter Druck setzen lasse. Eine Vertagung der Angelegenheit ergebe jedoch keinen Sinn, da sich der Planungsauftrag somit bis in den Herbst oder Winter verschieben würde. Durch die Ablehnung des Beschlusses am heutigen Tage werde den Menschen, die sich für das Projekt engagieren, den Hochschulen, den Gründerinnen und Gründern sowie der Region, ein falsches Signal gesendet. Durch den heutigen Beschluss werde die Verwaltung lediglich dazu ermächtigt, das Projekt weiter zu denken. Über den Standort werde hierdurch nicht entschieden. Die SPD-Fraktion werde die Idee gerne unterstützen.

Ratsherr Beus (Die Linke) zeigt sich darüber erstaunt, dass der Wirtschaftsflügel der Sozialdemokraten in Aachen so stark geworden sei, dass der soziale Bereich anscheinend ein wenig untergegangen sei. Schließlich seien 25 % der Flächen als Wohnraum vorgesehen und nun werde dies als Innovation und Fortschritt verkauft.

Ratsfrau Schmitt-Promny (GRÜNE) möchte die Angelegenheit in den Kontext rücken zu ihren Erfahrungen im

Rheinischen Revier. Hier habe man vielfach solche Vorlagen zu den unterschiedlichsten Themenstellungen gehabt. Sie betont, dass die Vorprüfungen lediglich dem auf den Weg zu bringenden Antrag dienen und hierdurch keine Präjudizierung darüber erfolge, wie die Bauprojekte schlussendlich umgesetzt werden. So wie Ratsherr Linden und Ratsherr Servos, vertrete auch sie die Meinung, dass man ein Nachdenken über ein solches Projekt brauche. In der Städteregion seien ähnliche Projekte genau für diese Vorphase und Vorfinanzierung beschieden worden. Zum Wortbeitrag von Ratsherrn Beus führt sie aus, dass man die Wirtschaft nicht immer nur gegen die soziale Frage setzen dürfe, denn diese beiden Bereiche gehören aus ihrer Sicht eng zusammen. Denn man brauche eine Wirtschaft für die Schaffung von Arbeitsplätzen. In der vorangegangenen Diskussion sei noch nicht der Aspekt erwähnt worden, dass das Projekt aus der Arbeit in Aachen Verbindungen zur Region herstelle. Durch das Projekt werde ermöglicht, dass sich Unternehmen in die Region weiterentwickeln können. Es sei als immenser Fortschritt zu bewerten, dass man Wirtschaftsentwicklung auch an konkreten Projekten regional denke. Sie bitte die Fraktionen, die sich in der bisherigen Diskussion gegen das Projekt ausgesprochen haben, auch diese Aspekte zu bedenken.

Ratsfrau Lürken (CDU) bedauert die Entwicklung der Diskussion, die einem solchen Projekt nicht gerecht werde. Entgegen der Aussage von Ratsherrn Servos sehe sie in der Diskussion keinen Zusammenhang zum Wahlkampf. Sie führt aus, dass die CDU-Fraktion dieser Beratungsfolge auch zu einem anderen Zeitpunkt nicht zugestimmt hätte. Man lehne das Weiterdenken des Projektes auch gar nicht ab, jedoch möchte die Fraktion das Projekt gerne weiter in den zuständigen Ausschüssen beraten. Denn in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung sei die Beratung ohne eine Verwaltungsvorlage erfolgt. Eine vorschnelle Entscheidung sei dem Projekt nicht dienlich und mit Blick auf die Ratssitzung im September wäre eine spätere Beschlussfassung möglich.

Ratsherr Deumens (Die Linke) möchte die Diskussion um zwei weitere Aspekte ergänzen. Die Aussage von Ratsherrn Servos, dass Vertreter der Hochschulen und potentielle Gründer bereits seit längerem den Wunsch nach einem Gründerzentrum äußern, sei aus seiner Sicht ein Zeichen dafür, dass ein solches Projekt bereits seit längerer Zeit gefordert und angedacht werde. Er könne sich somit nicht erklären, warum nun kurzfristig ein Beschluss gefasst werden müsse. Er betont, dass die Diskussion sich nicht auf die 25.000 Euro stütze, sondern auf die Formulierung im Beschlussvorschlag. Hierdurch solle die Verwaltung beauftragt werden, zu überlegen, wie die Idee des KRAFTWERKS in das zu erstellende Gesamtkonzept integriert werden könne. Dies bedeute, dass ein großes Projekt auf den Weg gebracht werden könne und über solche Großprojekte habe man in der Vergangenheit immer gemeinsam und ausführlich in den Ausschüssen, im Rat sowie in den interfraktionellen Gesprächen beraten. Alle großen Projekte in Aachen habe dieser Rat gemeinsam auf den Weg gebracht. In Richtung der SPD-Fraktion führt er aus, dass er nicht nachvollziehen könne, dass die Fraktion dazu bereit sei, 20-25 % des bezahlbaren Wohnraums am Bushof aufgeben zu wollen zugunsten des Projektes KRAFTWERK. Denn die Aussage, dass es den Menschen gut gehe, wenn es der Wirtschaft gut gehe, sei bereits lange überholt.

Ratsfrau Wallraff (SPD) würde es bedauern, wenn die Sommerfeiern nicht dazu genutzt, um etwas Kreatives auf den Weg zu bringen, das dem Rat nach der Ferienzeit dann präsentiert werden könne. Sie betont, dass die Verwaltung nur das tue, wozu der Rat sie beauftragt habe.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, möchte Oberbürgermeisterin Keupen im Folgenden auf den Inhalt des Beschlusstextes hinweisen. Dieser beinhalte, dass die Idee für das KRAFTWERK in ein Gesamtkonzept integriert werde. Im ersten Quartal des Jahres 2026 werde die Verwaltung eine Projektskizze zur Beratung vorlegen. Dies bedeute, dass man über die Vorbereitung zur weiteren Ausarbeitung der Idee beschließe. Die umfangreiche Diskussion im Rat spreche dafür, dass dies eine gute Idee sei. Sie wirbt dafür, die Initiative der Verwaltung zu unterstützen und die Entwicklung des Bushofes gegebenenfalls mit dieser Idee zu bereichern.

Ratsherr Baal (CDU) teilt mit, dass die CDU-Fraktion beantragt, den Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse zu verweisen. Im Folgenden lässt Oberbürgermeisterin Keupen über diesen Antrag abstimmen. Der Antrag wird mehrheitlich mit 30 NEIN-Stimmen und 20 JA-Stimmen abgelehnt.

Abschließend erfolgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 26.06.2024 zum Ratsantrag Nr. 398/18 „Schlaglicht Wohnen, Bildung, Innenstadt“ neben dem in diesem Bereich prioritären Wohnungsbau und unter Berücksichtigung der Belange des ÖPNV die Idee des KRAFTWERKS Aachen in das zu erstellende Gesamtkonzept zu integrieren.

Mit dieser dargestellten Idee, die im Austausch mit zahlreichen Akteuren aus Stadt, StädteRegion und Hochschulen entstanden ist, soll das Thema der Frühphasengründungen für die Stadt und umliegende Region relevant gestärkt und gleichzeitig ein positiver Beitrag zur Steigerung der Attraktivität des umliegenden Stadtraumes geleistet werden. Für dieses Vorhaben wird eine Beantragung von Strukturwandelmitteln im Rheinischen Revier angestrebt. Hierfür wird die Verwaltung mit der Erarbeitung einer Projektskizze beauftragt. Die Ergebnisse der Projektskizze wird den zuständigen Gremien im ersten Quartal 2026 vorgelegt und zur Abstimmung gestellt. Ein darauf aufbauender Fördermittelantrag wäre bis Ende 2026 bei den zuständigen Ministerien einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 20 Gegenstimmen

Zu 10 Gründung der Regiotram Aachen Infrastrukturgesellschaft mbH ungeändert beschlossen FB 20/0361/WP18

Ratsfrau Wenzel (GRÜNE) betont, dass diese Vorlage von großer Bedeutung für die Stadt und die Region und ein wichtiger Baustein für die Mobilitätswende sei. Aus diesem Grund begrüße die GRÜNE-Fraktion die Gründung der Regiotram Aachen Infrastrukturgesellschaft mbH ausdrücklich. Man erhoffe sich, dass die Straßenbahn von rund 60.000 Pendlerinnen in der Region genutzt werde und der CO₂-Ausstoß hierdurch deutlich gesenkt werden könne.

Ratsherr Szagunn (DIE ZUKUNFT) teilt mit, dass auch die Fraktion DIE ZUKUNFT das Projekt, das in der Vergangenheit ausführlich diskutiert worden sei, ausdrücklich begrüße.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Sachstand der Gründung einer Infrastruktureinheit (IE) als Ausgangspunkt zur Realisierung einer Straßenbahn-Verbindung zwischen dem Gebiet der Stadt Aachen und dem Gebiet der Stadt Baesweiler (aktueller Stand) zur Kenntnis.

Zur Gründung der Infrastruktureinheit in Rechtsform einer Kapitalgesellschaft (GmbH) fasst er im Einzelnen folgende Beschlüsse:

- 1) Der Rat beschließt die Gründung der „Regiotram Aachen Infrastrukturgesellschaft mbH“ (IE) und stimmt dem damit einhergehenden Erwerb von 50 % der Geschäftsanteile im Wert von 12.500 € zu.
- 2) Der Rat stimmt dem als Anlage beigefügten Entwurf des Gesellschaftsvertrags (GV) der IE zu, der im Vorfeld von der Städteregion Aachen mit der Bezirksregierung Köln abgestimmt wurde.
- 3) Gegebenenfalls nachträglich notwendige Änderungen des Gesellschaftsvertragsentwurfs, die sich zwingend aus der Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde oder dem Registergericht ergeben, gelten als mitbeschlossen. Darüber hinaus gehende Änderungen, die sich z.B. aus der Abstimmung mit den Mitgesellschaftern ergeben, sind von der Verwaltung einzuarbeiten und dem Rat erneut zur Beschlussfassung vorzulegen.
- 4) Die Verwaltung hat mit den beteiligten Gebietskörperschaften die erforderlichen Unterlagen wie

Konsortialvereinbarung und Wirtschaftsplanung abzustimmen, vorzubereiten und dem Rat vor der Leistung von Gesellschaftereinlagen in die IE zur Beschlussfassung vorzulegen. In Abstimmung mit der Bezirksregierung Köln ist die später vom Rat zu beschließende Konsortialvereinbarung, die wesentliche Regelungen zur Finanzierung und Finanzierungsaufteilung enthalten wird, der Bezirksregierung vor Unterzeichnung und damit verbundener Rechtskraft anzuzeigen.

Die vorgenannten Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt

- korrespondierender Beschlüsse der späteren Mitgesellschafter und
- dem positiven Abschluss des aufsichtsbehördlichen Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung Köln gem. § 115 Abs.1 lit a) GO NRW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 11 Vertrag mit der Verbraucherzentrale NRW zur Finanzierung der Energieberatung in Aachen für die Jahre 2026 bis 2030
 ungeändert beschlossen
 FB 36/0593/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen der Verwaltung über die Weiterführung der Energieberatung der Verbraucherzentrale in Aachen zustimmend zur Kenntnis und stimmt dem Abschluss eines entsprechenden Vertrages mit der Verbraucherzentrale NRW für die Jahre 2026 bis 2030 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 12 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen/Verpflichtungsermächtigungen; Haushaltsjahr 2025;
 Produkt 080102 - Sportplätze und Stadien,
 Produkt 090101 - Neubau Feuerwache Siegel, Wettbewerb
 Maßnahmen im Rahmen der Brandschutz- und Rettungsdienstbedarfsplanung; Planungsauftrag Feuer- und Rettungswache Siegel; Neubau Sportplatz Siegel und Freifläche mit öffentlichen Sportflächen
 ungeändert beschlossen
 FB 37/0069/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Ergebnis des Wettbewerbsverfahrens über den Neubau einer Feuer- und Rettungswache Siegel, eines Sportplatzes mit Umkleidegebäude sowie einer Freifläche mit öffentlichen Sportflächen zur Kenntnis und erteilt seine Zustimmung zur Genehmigung außerplanmäßiger Auszahlungen i.H. von insgesamt 228.000 € zum Produkt 080102 – Sportplätze und Stadien - und außerplanmäßiger Auszahlungen i.H. von 50.100 € zum Produkt 090101 – Neubau Feuerwache Siegel, Wettbewerb -, insgesamt 278.100 € und beauftragt die Verwaltung mit der Fortführung der Planung in den Leistungsphasen 1-3 gemäß HOAI.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 13 Baumaßnahme KGS Auf der Hörn - überplanmäßige Mittelbereitstellung
 ungeändert beschlossen
 FB 45 n/0031/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Er beschließt gemäß § 83 GO NRW die Bereitstellung der im Rahmen der Finanzplanung des Haushalts 2025 für die Baumaßnahme der KGS Auf der Hörn überplanmäßig benötigten finanziellen Mittel in Höhe von 4.902.000 € - gedeckt aus dem PSP-Element PSP 5-030104-900-00100-991-3 „Baul. Maßn. für G9“, SK 78650000 – im PSP-Element 5-30101-900-00100-990-7 „Bau OGS Maßnahmen“ SK 78650000 zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 14 7. Nachtrag zur Satzung der Stadt Aachen über die Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungssatzung)
 FB 60/0168/WP18**

**Zu 14.1 7. Nachtrag zur Satzung der Stadt Aachen über die Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungssatzung)
 vertagt
 FB 60/0168/WP18-1**

Dieser Tagesordnungspunkt wird vertagt.

**Zu 15 Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für den Ausbau der Kreuzherrenstraße als verkehrsberuhigten Bereich (Mischfläche)
 ungeändert beschlossen
 FB 60/0166/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt die Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) für den Ausbau der Kreuzherrenstraße als verkehrsberuhigten Bereich (Mischfläche) gemäß dem als Anlage beigefügten Satzungsentwurf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 16 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 994 - Raafstraße / Sanddornweg -
 hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB
 vertagt
 FB 61/1093/WP18**

Dieser Tagesordnungspunkt wird vertagt.

**Zu 17 Austritt aus dem Metropolregion Rheinland e.V.“ (interfraktioneller Ratsantrag 470/18 vom 26.02.2025)
ungeändert beschlossen
FB 02/0445/WP18**

Ratsherr Szagunn (DIE Zukunft) führt aus, dass die Sachlage hinlänglich diskutiert worden sei. Genau wie viele andere Kommunen und Mitglieder, sehe man keinen Mehrwert durch die Mitgliedschaft im Metropolregion Rheinland e.V. und möchte aus diesem Grunde den Austritt beschließen. Die Fraktion DIE Zukunft beantrage jedoch die getrennte Abstimmung über die beiden Unterpunkte des Beschlussvorschlages, da man die Möglichkeit vermeiden möchte, dass man über eine Hintertür wieder der Metropolregion beitrete.

Ratsherr Deumens (Die Linke) berichtet, dass ihn neben der Bezahlkarte für Geflüchtete kein Thema in den letzten Jahren so geärgert habe wie die Metropolregion Rheinland. Denn auch, wenn dieses Thema nicht zu den wichtigsten Themen in der Stadt zähle, könne er nicht verstehen, dass der Rat und Hauptausschuss dieses sinnlose Projekt so lange unterstützt haben. Umso mehr begrüße er den heutigen Beschluss zum Austritt. Im Folgenden teilt er mit, dass in den letzten Tagen ein Schreiben des Vorstandsvorsitzenden und des Geschäftsführers der Metropolregion Rheinland eingegangen sei und dieses Schreiben in mehrfacher Hinsicht mehr als bemerkenswert sei. Zum einen werde in dem Schreiben von einem Dialogprozess zur strukturellen und inhaltlichen Weiterentwicklung der Organisation gesprochen. Dies solle erst jetzt in Angriff genommen werden, obwohl hierfür viele Jahre Zeit gewesen sei und dies auch gewünscht war. In diesem Zusammenhang werde auch die Bitte geäußert, den Austritt um ein Jahr zu verschieben, auch im Hinblick auf die anstehende Kommunalwahl und die damit einhergehende Neubesetzung der Räte und Gremien. Weiterhin werde angesprochen, dass sich der Beitritt des Zweckverbandes als Vollmitglied, in der aktuellen Satzung voraussichtlich nicht darstellen lasse. Es werde eine Satzungsdiskussion geführt, wobei gleichzeitig auch betont werde, dass eine Satzungsdiskussion bis Anfang 2026 doch zu ambitioniert sei. Aus Sicht der Fraktion Die Linke sei dieses Schreiben ein Beleg dafür, dass es der Führungsspitze der Metropolregion nicht um die Sache selbst gehe. Im Hauptausschuss habe die Fraktion Die Linke dem ersten Unterpunkt des Beschlussvorschlages zugestimmt. Den zweiten Unterpunkt zur RAZV habe man deutlich kritisiert, aber aufgrund des gemeinsamen, interfraktionellen Antrages auch hier die Zustimmung erteilt. Nachdem die Fraktion DIE Zukunft nun den Antrag auf getrennte Abstimmung gestellt habe, werde die Fraktion Die Linke diesem folgen und sich in der anstehenden Abstimmung gegen den lang kritisierten, zweiten Unterpunkt aussprechen.

Ratsherr Baal (CDU) führt aus, dass das Ergebnis der Abstimmung zum ersten Unterpunkt vorhersehbar sei. Eine Abstimmung zum zweiten Unterpunkt sei aus seiner Sicht gar nicht erst erforderlich, da dieser, unabhängig vom Abstimmungsergebnis zum ersten Unterpunkt, nicht zum Tragen kommen werde, wie sich aufgrund des Schreibens der Metropolregion gut abschätzen lasse.

Ratsherr Deumens (Die Linke) antwortet, dass laut dem Schreiben der Metropolregion eine Vollmitgliedschaft des Zweckverbandes Region Aachen voraussichtlich nicht darstellbar sei. Er könne jedoch nicht beurteilen, ob diese Aussage zutreffe. Aus diesem Grund werbe er für eine getrennte Abstimmung zu den beiden Unterpunkten.

Ratsfrau Schmitt-Promny (GRÜNE) möchte dafür plädieren, dass auch zu dem zweiten Unterpunkt eine Abstimmung erfolgt. Sie erläutert, dass der Zweckverband Region Aachen nach der aktuellen Satzung kein vollständiges Mitglied werden könne, da er beratendes Mitglied sei und die Voraussetzungen nicht erfüllt werden. Die Debatte werde im Rahmen des derzeit im gesamten Rheinland stattfindenden Prozesses noch einmal zu überdenken sein. Durch die Beschlussfassung zum zweiten Unterpunkt werde ein Zeichen dafür gesetzt, dass man weiterhin Interesse an Kooperationszusammenhängen habe. Hierin sehe sie auch eine gewisse Anforderung, da man über Kooperationen mehr erreichen könne.

Oberbürgermeisterin Keupen dankt für die Wortbeiträge und berichtet, dass in dieser Thematik ein intensiver Austausch mit den Hauptverwaltungsbeamten stattfinde. Aus ihrer Sicht solle Aachen sich die Option über den RAZV offenhalten, um als Region auch im Rheinland vertreten zu sein, allerdings mit reduzierten Mitteln. Im Folgenden lässt sie getrennt über die beiden Unterpunkte des Beschlussvorschlages abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Austritt aus dem Metropolregion Rheinland e.V. (MRR) fristgerecht bis zum 30.09.2025 mit Wirkung zum 31.12.2025 gegenüber dem Vorstand der MRR zu erklären.
2. Der Region Aachen Zweckverband (RAZV) wird gebeten, die Beantragung einer regulären Mitgliedschaft zu prüfen und die Interessen der Region Aachen in der MRR gebündelt zu vertreten.

Abstimmungsergebnis:

Zu Nr. 1: Einstimmig

Zu Nr. 2: Mehrheitlich, 7 Gegenstimmen

Zu 18 Anfragen:**Zu 18.1 Ratsanfragen**

Es wurden keine neuen Ratsanfragen innerhalb der geltenden Frist eingereicht.

**Zu 18.2 Stellungnahmen der Verwaltung zu Anfragen
zur Kenntnis genommen
FB 01/0700/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf 1 neue Stellungnahme, die als Tischvorlage ausliegt.

Beschluss:

Der Rat nimmt die von der Verwaltung vorgelegten Stellungnahmen zu verschiedenen Ratsanfragen zur Kenntnis.

**Zu 19 Ratsanträge
ungeändert beschlossen
FB 01/0701/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf 9 neue Ratsanträge, die fristgerecht eingereicht wurden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeisterin).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 20 Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien

**Zu 20.1 Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien, hier: Entsendung eines Mitglieds des Senior*Innenrates der Stadt Aachen
ungeändert beschlossen
FB 56/0618/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Auf Vorschlag des Senior*innenrates entsendet der Rat der Stadt Herrn Klaus Hoffmann als stellvertretenden sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 21 Mitteilungen der Verwaltung

Oberbürgermeisterin Keupen weist darauf hin, dass als Tischvorlage die Sitzungsplanung 2026 für die Sitzungen des Rates, der Ausschüsse und Bezirksvertretungen ausliege.

Weiterhin berichtet sie, dass Forschungsministerin Dorothee Bär die Unterstützung der Bundesregierung für das Jahrhundertprojekt Einstein-Teleskop zugesichert habe. Dies sei ein wichtiges Signal für die Region und das Projekt.

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin

Britta Hommelsheim
Schriftführerin